Botschaft der Islamischen Republik
S.E. Herrn Mahmoud Farazandeh
Podbielskiallee 65-67
14195 Berlin

Hameln,

Sehr geehrter Herr Botschafter,

von der Menschenrechtsorganisation Amnesty International habe ich erfahren, dass sich der 33jährige Rapper Toomaj Salehi weiterhin in Isfahan in Haft befindet. Offensichtlich sind nur seine friedlichen Aktivitäten der Grund, weshalb er zum wiederholten Mal des Bruchs verschiedener Gesetze beschuldigt wird.

Toomaj Salehi wurde im Oktober 2022 wegen seiner kritischen Beiträge in den Sozialen Medien, seiner Musik und der Teilnahme an Protesten unter dem Motto "Frau Leben Freiheit" in einer dem Geheimdienst der Revolutionsgarden unterstehenden Einrichtung des Zentralgefängnisses in Isfahan inhaftiert, später erfolgte seine Verlegung in die öffentliche Abteilung des Gefängnisses. In der Haft wurde er schwer gefoltert bis hin zu einer Scheinhinrichtung. Nach wie vor leidet er an seinen durch die Folter hervorgerufenen Verletzungen. Im November 2023 wurde er für kurze Zeit gegen Kaution freigelassen, danach erneut festgenommen und ist bis heute inhaftiert. Im April 2024 wurde er zum Tode verurteilt. Im Juni 2024 wurde das Todesurteil gegen ihn aufgehoben, aber aufgrund eines neuen Verfahrens u.a. wegen "Beleidigung religiöser Heiligtümer" und "Verbreitung von Propaganda gegen das System", das zur Zeit anhängig ist, drohen ihm viele Jahre Freiheitsentzug.

Ich habe mich wegen der fortdauernden Bedrohung, der Toomaj Salehi lediglich wegen der friedlichen Ausübung seiner Menschenrechte durch die Justiz ausgesetzt ist, an Herrn Gholamhossein Mohseni Ejei, den Vorsitzenden der Justiz der Islamischen Republik gewandt. Eine Kopie meines Schreibens lege ich diesem Brief bei.

Ich bitte auch Sie, Herr Botschafter, dringend, sich für die unverzügliche und bedingungslose Freilassung von Toomaj Salehi einzusetzen und sämtliche Anklagen gegen ihn fallenzulassen, da sie lediglich auf der Wahrnehmung seines Rechts auf Meinungs- und Versammlungsfreiheit beruhen. Setzen Sie sich bitte unbedingt auch dafür ein, dass die Verantwortlichen für die an ihm begangene Folter vor Gericht gestellt werden.